

Aufschwung für Deutschland

Starke Wirtschaft und
soziale Verantwortung

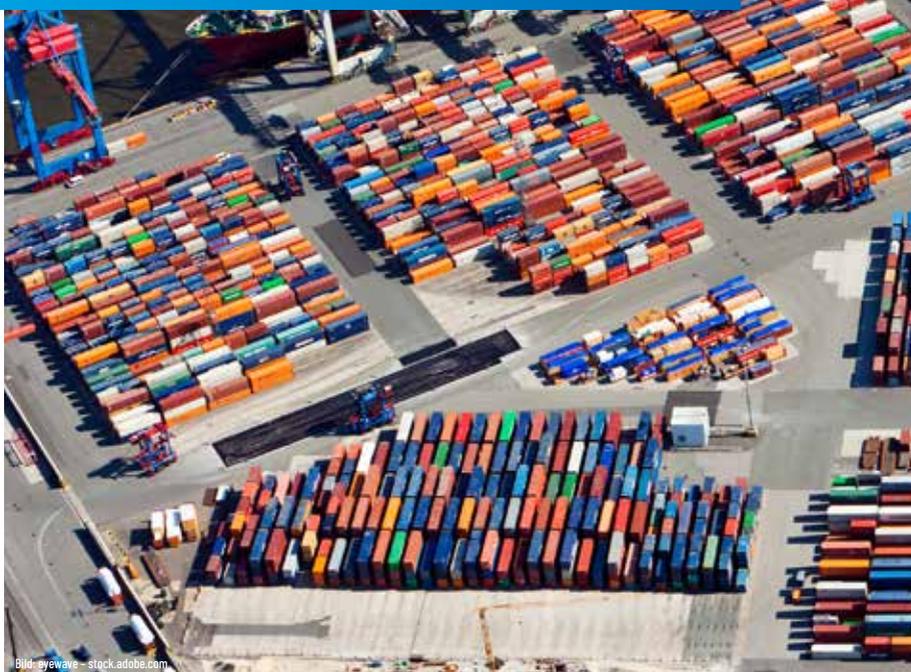


Bild: eyewave - stock.adobe.com



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Inhalt



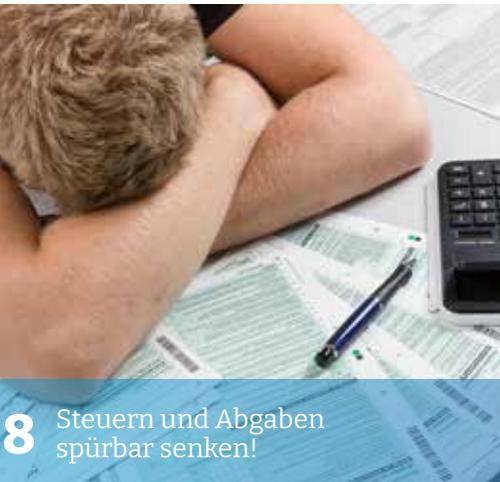
S.7 Für bezahlbare und sichere Energie sorgen!



- S. 5 Deutschland im Jahr 2024
- Aufschwung für Deutschland – unser 11-Punkte-Programm**
- S. 6 1. Haushaltschaos beenden: Verfassungskonform finanziellen Spielraum schaffen!
- S. 7 2. Für bezahlbare und sichere Energie sorgen!
- S. 8 3. Steuern und Abgaben spürbar senken!
- S. 9 4. Unsere Infrastruktur modernisieren und zukunftsfest machen!
- S. 10 5. Bürokratie konsequent abbauen und ideologische Verbote aufheben!
- S. 12 6. Fachkräfte aktivieren!



S.22 Rente zukunftssi



8 Steuern und Abgaben spürbar senken!



- S.14** 7. Arbeit muss sich lohnen!
- S.16** 8. Aktivierende Grundsicherung statt Bürgergeld!
- S.18** 9. Sozialstaatsmagnet sofort abstellen!
- S.20** 10. Altersarmut bekämpfen!
- S.22** 11. Rente zukunftssicher machen!



Bild: strangeways70 - stock.adobe.com

Deutschland im Jahr 2024

Wir stellen fest:

Die Ampel ist mit der sogenannten »sozial-ökologischen Transformation« gescheitert. Statt in ein versprochenes Wirtschaftswunder hat die Scholz-Regierung Deutschland mit ihrer wachstums- und arbeitnehmerfeindlichen Politik in die Rezession geführt.

Die Deindustrialisierung nimmt Fahrt auf, Inflation und Abgabenerhöhungen entwerten die Kaufkraft der Bürger. Industrie und Mittelstand investieren immer weniger in Deutschland, verlagern ihre Geschäfte ins Ausland oder geben sogar ganz auf. Rentner sammeln Flaschen, einheimische Fachkräfte wandern aus, Sozialhilfeempfänger ein.

Extrem hohe Energiekosten, eine sinkende Versorgungssicherheit, ausufernde Bürokratie (allein 10.000 neue Stellen in den Ministerien) und marode Infrastruktur, ein sich verschärfender Fachkräftemangel, die Masseneinwanderung ins Sozialsystem, ein zukünftig nicht tragfähiges Rentensystem sowie eine Steuer- und Abgabenlast für Unternehmen und Arbeitnehmer, die an Enteignung grenzt und keine Absicherung gegen Altersarmut erlaubt – all diese realen Probleme hat die Ampel verschärft, statt sie zu lösen.

Hinzu tritt eine Regierungskrise, in die die Ampel Deutschland mit ihrer verfassungswidrigen Haushaltspolitik geführt hat. Die Trickserien von Scholz, Habeck und Lindner verunsichern Bürger und Wirtschaft immer mehr und treiben sie zum verzweifelten Protest auf die Straße. Wir brauchen eine politische Kraft, die die von der Ampel und ihren Vorgängern geschaffenen Probleme löst. Wir brauchen eine Alternative, die unser Land zurück zum Erfolgsmodell der sozialen Marktwirtschaft führt. Die AfD-Bundestagsfraktion steht bereit.



FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Haushaltschaos beenden: Verfassungskonform finanziellen Spielraum schaffen!

Wir werden:

- ➔ massive Einsparungen bei der CO₂-Politik, der Migrationspolitik und den damit verbundenen Sozialleistungen, der Entwicklungshilfe und nicht zuletzt bei Verwaltung und Personal vornehmen und damit dringend notwendige Entlastungen und Investitionen ermöglichen;
- ➔ die Schuldenbremse einhalten und Schulden abbauen, um Handlungsfreiheit für die Zukunft zu gewinnen;
- ➔ undurchsichtige Schattenhaushalte und sogenannte Sondervermögen auflösen.



Bild: Lothar Drechsel - stock.adobe.com

02

Für bezahlbare und sichere Energie sorgen!

Wir werden:

- ➔ das Energieangebot erhöhen – dafür werden wir den Rückbau der Kernkraftwerke stoppen und diese wieder ans Netz bringen, die Nutzung der Kohlekraftwerke verlängern, solange sie benötigt werden, sowie die Gasleitung Nordstream 2 wieder in Betrieb nehmen bzw. die letzte verbliebene Röhre für den Gasimport nutzen;
- ➔ die hohen staatlichen Abgaben auf Energie deutlich reduzieren und die Energiesteuer auf Sprit, Gas und Öl sowie die Stromsteuer auf ein Minimum senken;
- ➔ die nationale CO₂-Abgabe ebenso wie die CO₂-Bepreisung auf EU-Ebene abschaffen;
- ➔ den massiven Ausbau der sogenannten »Erneuerbaren Energien« und den unnötigen Netzausbau beenden und damit die Netzentgelte reduzieren.

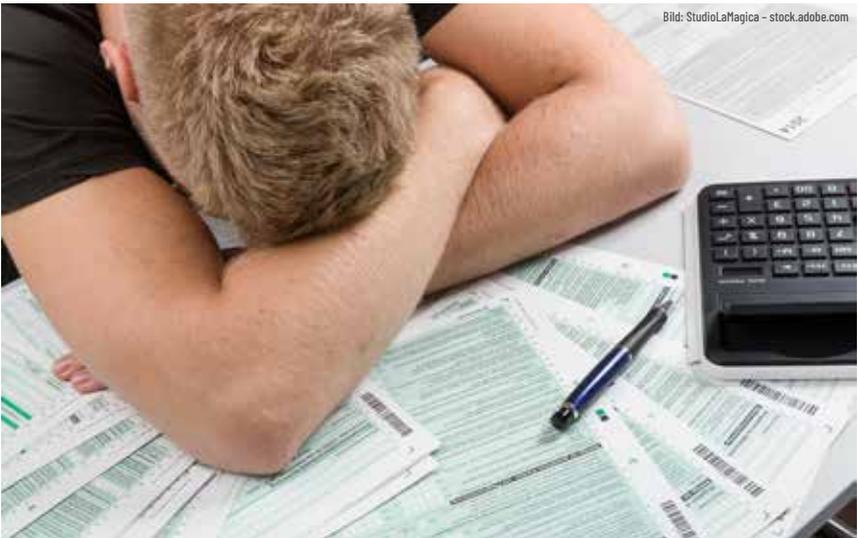


03

Steuern und Abgaben spürbar senken!

Wir werden:

- ➔ das Steuersystem vereinfachen, die Sätze maßvoll senken und die kalte Progression nachhaltig verhindern, indem wir die Einkommensteuertarife – wie z. B. in der Schweiz – automatisch indexieren;
- ➔ den Solidaritätszuschlag komplett abschaffen;
- ➔ den verringerten Mehrwertsteuersatz für die stark gebeutelte Gastronomie umgehend wieder einführen;
- ➔ die Erhöhung der Lkw-Maut rückgängig machen;
- ➔ die Luftverkehrssteuer abschaffen, statt sie noch weiter zu erhöhen;
- ➔ die Grundsteuer abschaffen.



04

Unsere Infrastruktur modernisieren und zukunftsfest machen!

Wir werden:

- ➔ den riesigen Investitionsstau zügig auflösen sowie Planungs- und Genehmigungsverfahren für alle Projekte beschleunigen;
- ➔ das Verbandsklagerecht beschränken, um Blockaden von Infrastrukturvorhaben durch grüne NGOs zu verhindern und die Gerichte zu entlasten;
- ➔ die ideologische Diskriminierung von Straßenverkehrsprojekten beenden und unsere Infrastruktur bedarfsgerecht entwickeln;
- ➔ die Potenziale der Digitalisierung – dazu zählt auch die Künstliche Intelligenz – ausschöpfen und flächendeckend leistungsfähige Mobilfunk- und Breitbandnetze aufbauen.



Bürokratie konsequent abbauen und ideologische Verbote aufheben!

Wir werden:

- ⊕ das Verbrennerverbot kippen, um den Bürgern die freie Entscheidung über ihre bevorzugte Antriebsform zu ermöglichen und Schaden von unserer Automobilindustrie, einer der tragenden Säulen der deutschen Wirtschaft, abzuwenden;
- ⊕ weitere schädliche Eingriffe in Unternehmen beenden und unnötige staatliche Beteiligungen wie an der Commerzbank oder der Post verkaufen;
- ⊕ das Gebäudeenergiegesetz rückgängig machen und das Heizen mit Gas und Öl weiter ermöglichen;
- ⊕ das Lieferkettengesetz abschaffen und dessen geplante Verschärfung durch die EU sowie die Einführung eines CO₂-Zollsystems (CBAM) verhindern;
- ⊕ Berichts-, Dokumentations- und Kontrollpflichten auf nationaler wie auch auf EU-Ebene abschaffen, so zum Beispiel die EU-Nachhaltigkeitsberichterstattung für Unternehmen (CSRD), die EU-Taxonomie-Verordnung sowie das Hinweisgeberschutzgesetz;
- ⊕ die Datenschutzgrundverordnung in der jetzigen Form abschaffen und durch einen sinnvollen Datenschutz ersetzen;
- ⊕ Antrags- sowie Genehmigungsverfahren vereinfachen und von klimapolitischen Vorschriften befreien;

- ➔ die Digitalisierung der öffentlichen Dienste vorantreiben und auch hierbei die Potenziale der Künstlichen Intelligenz nutzen, um die Verwaltung zu verschlanken;
- ➔ auf überflüssige Einrichtungen wie das Entwicklungshilfeministerium verzichten.



06

Fachkräfte aktivieren!

Wir werden:

- ➔ die illegale Masseneinwanderung stoppen, weil sie keine Lösung für den immer größeren Fachkräftemangel darstellt und stattdessen unser Sozialsystem überfordert;
- ➔ mit attraktiven Standortbedingungen wie einer geringen Abgabenlast, bezahlbarem Wohnraum, erstklassiger Infrastruktur und einem hohen Sicherheitsniveau die Abwanderung gut qualifizierter Bürger stoppen und dafür sorgen, dass sich viele bereits ausgewanderte Deutsche wieder für die Heimat entscheiden sowie tatsächliche internationale Fachleute gezielt angeworben werden können;
- ➔ unser Bildungssystem zurück auf Spitzenniveau bringen und dabei insbesondere die MINT-Fächer stärken, damit Deutschland seine frühere technologische Führungsrolle zurückerobern kann;
- ➔ die Ausbildungsberufe stärken und die kostenfreie Meisterausbildung sichern.



Bild: Maksym Yemelyanov - stock.adobe.com



Arbeit muss sich lohnen!

Wir werden:

- ➔ den einkommensteuerlichen Grundfreibetrag auf 14.000 Euro erhöhen (Drs. 20/10975);
- ➔ einen Steuerfreibetrag in Höhe von 12.000 Euro für Hinzuerdienste von Rentnern einführen;
- ➔ die Hinzuerdienstgrenze für Erwerbseinkommen bei Witwenrenten abschaffen (Drs. 20/6582);
- ➔ das Mindestlohngesetz anpassen, sodass Zulagen, Zuschläge, Sonderzahlungen und Prämien zusätzlich zum gesetzlichen Mindestlohn zu zahlen sind (Drs. 20/5811);
- ➔ das Lohnabstandsgebot besser wahren, indem Grundsicherungsleistungen nicht stärker steigen als der gesetzliche Mindestlohn.



Unser Antrag

Lohnabstandsgebot beachten – Arbeitnehmer und Mittelstand entlasten – Den steuerlichen Grundfreibetrag für 2024 auf 14.000 Euro und weitere Tarifeckwerte korrespondierend erhöhen

Drucksache 20/10975

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/109/2010975.pdf>



Unser Antrag

Gesetzlicher Mindestlohn – Zulagen und Sonderzahlungen nicht anrechnen

Drucksache 20/5811

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/058/2005811.pdf>



Unser Antrag

Hinzuverdienstgrenzen bei den Witwenrenten neu regeln –
Fachkräfte freisetzen

Drucksache 20/6582

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/065/2006582.pdf>



08

Aktivierende Grundsicherung statt Bürgergeld!

Wir werden:

- ⊕ das Bürgergeld durch eine aktivierende Grundsicherung ersetzen und erwerbsfähige Leistungsbezieher nach einer Karenzzeit von 6 Monaten zu gemeinnütziger Bürgerarbeit verpflichten, solange nicht eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Umfang von 20 Wochenstunden besteht (Drs. 20/3943);
- ⊕ eine Sachleistungs-Debitkarte einführen, sodass die Leistungsgewährung in bestimmten Fällen – etwa bei Verweigerung der Bürgerarbeit – anstelle von Geldleistungen unbar erfolgen kann (Drs. 20/3943);
- ⊕ den Aufenthalt von Leistungsberechtigten im zeit- und ortsnahen Raum effektiv kontrollieren und Verstöße härter als bisher sanktionieren, bis hin zum Leistungsentzug (Drs. 20/3943);
- ⊕ gesunden, erwerbsfähigen Totalverweigerern die Leistungen komplett streichen.



Unser Antrag

Aktivierende Grundsicherung statt bedingungslosem Grundeinkommen – Einführung von Bürgerarbeit

Drucksache 20/3943

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/039/2003943.pdf>



Bild: SKfoto - stock.adobe.com

Sozialstaatsmagnet sofort abstellen!

Wir werden:

- ➔ für Asylbewerber das Prinzip »Sach- statt Geldleistungen« umsetzen (Drs. 20/4051);
- ➔ Asylbewerber zu gemeinnützigen Tätigkeiten heranziehen;
- ➔ den Rechtskreiswechsel für Ukrainer rückgängig machen und sie vom Bürgergeld ins Asylbewerberleistungssystem überführen (Drs. 20/4051);
- ➔ den Bezug von Leistungen nach dem SGB II für Ausländer an eine fünfjährige existenzsichernde Erwerbstätigkeit, einen unbefristeten Aufenthaltstitel und Deutschkenntnisse auf dem Niveau B2 knüpfen (Drs. 20/4051);
- ➔ den Bezug von Leistungen nach dem SGB II für Ausländer nur noch befristet für zwölf Monate am Stück und für fünf Jahre über das gesamte Erwerbsleben gewähren (Drs. 20/10063);
- ➔ Asylbewerber unter Berücksichtigung mitgeführter Bargelddbeträge und Wertgegenstände einer Vermögensprüfung unterziehen;
- ➔ den Sozialleistungsmissbrauch – zum Beispiel durch falsche Einkommens- und Vermögensauskünfte, Scheinvaterschaften, Schwarzarbeit oder mehrfache Identitäten – konsequent bekämpfen.



Unser Antrag

Sozialstaatsmagnet sofort abstellen – Ende des Rechtskreiswechsels für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine und Einführung eines strengen Sachleistungsprinzips für Asylbewerber

Drucksache 20/4051

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/040/2004051.pdf>



Unser Antrag

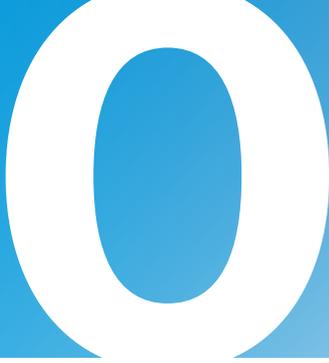
Sozialstaat sichern – Bürgergeld für EU-Bürger und Drittstaatsangehörige begrenzen

Drucksache 20/10063

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/100/2010063.pdf>



Bild: katrina - stock.adobe.com



Altersarmut bekämpfen!

Wir werden:

- ➔ das Existenzminimum steuerfrei stellen und die Renten-Doppelbesteuerung vermeiden, indem wir den steuerlichen Grundfreibetrag auf 14.000 Euro anheben;
- ➔ Rentnern, die auf die Grundsicherung angewiesen sind, mit einem Freibetrag von 25 Prozent auf die eigene Rente helfen (Drs. 20/7461);
- ➔ uns gegen eine weitere Anhebung der Regelaltersgrenze (67 Jahre) einsetzen;
- ➔ sicherstellen, dass Versicherte mit 45 Beitragsjahren ohne Abschläge in Rente gehen können (Eckpunktepapier Alterssicherung);
- ➔ Beiträge in die gesetzliche und private Rentenversicherung steuerlich besser absetzbar machen (Drs. 20/6814).



Unser Antrag

Altersarmut in Deutschland – Einführung eines 25-Prozent-Freibetrages für Rentner in der Grundsicherung

Drucksache 20/7461

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/074/2007461.pdf>



Unser Antrag

Eigenverantwortliche Altersvorsorge erleichtern

Drucksache 20/6814

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/068/2006814.pdf>



Rente zukunftssicher machen!

Wir werden:

- ➔ die nicht beitragsgedeckten versicherungsfremden Leistungen der Rentenversicherung aus Steuern finanzieren, um mittelbar das Rentenniveau anzuheben (Eckpunktepapier Alterssicherung);
- ➔ künftig auch Abgeordnete und neue Beamte in die gesetzliche Rente einbeziehen (Drs. 20/7462; Eckpunktepapier Alterssicherung);
- ➔ die Mütterrenten beibehalten;
- ➔ für jedes neugeborene Kind monatlich 100 Euro in ein persönliches Kinder-Spardepot einzahlen und damit neben der umlagefinanzierten Rente eine kapitalgedeckte Vorsorge ermöglichen (Eckpunktepapier Alterssicherung);
- ➔ die Armutzuwanderung beenden und nur noch Einwanderer ins Land lassen, die sich eine Rente oberhalb der Grundsicherung selbst erwirtschaften können (Drs. 20/7881).

Unser Eckpunktepapier Alterssicherung



<https://afdbundestag.de/eckpunktepapier-alterssicherung/>



Unser Antrag

Reform der Politikerpensionen – Bundestagsabgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung aufnehmen

Drucksache 20/7462

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/074/2007462.pdf>



Unser Antrag

Armut ehrlich benennen und wirksam bekämpfen

Drucksache 20/7881

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/078/2007881.pdf>



Bild: jd-photodesign - stock.adobe.com

FOLGEN SIE UNS



AfDBundestag.de



fb.com/AfDimBundestag



@AfDimBundestag



youtube.com/
AfDFraktionimBundestag



instagram.com/
afdimbundestag/



tiktok.com/
@afdfraktionimbundestag



Rundbrief-Abonnement:
<https://t1p.de/ycsg>



Herausgeber:

Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag vertreten durch den Fraktionsvorstand

Kontakt:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bürgerbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57 141
Telefax: 030 227 56 349
E-Mail: buenger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion: Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Stand: April 2024

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.